

FRAGEBOGEN

Vernehmlassung Erlass eines Gesetzes über die Höhere Berufsbildung (GHB; BR 426.000)

Absender:	Grüne Graubünden_____
Adresse:	Bungertweg 16_____
	7206 Igis_____

Datum:	17.2.2025_____

A. Gesetz über die Höhere Berufsbildung

1. Befürworten Sie, dass die Höhere Berufsbildung neu in einem eigenen Gesetz geregelt wird?

Ja Nein

Bemerkungen:

Die GRÜNEN Graubünden befürworten den Erlass eines Gesetzes zur Höheren Berufsbildung. Das Gesetz kann dazu beitragen, die höhere Berufsbildung zu stärken und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Wir sind überzeugt, dass es in Graubünden noch Potential für bessere Bedingungen gibt, sei es für die Institutionen selber wie auch für die Studierenden. Aus regionalpolitischer Sicht ist es wichtig, dass Weiterbildungen im Kanton, und wo möglich auch in den Regionen, möglich sind.

Aktuell finden intensive politische Diskussionen auch auf Bundesebene statt. Bezüglich Zeitpunkt fragen wir uns, ob es sinnvoll wäre, die bundesrechtlichen Anpassungen zuerst abzuwarten.

Falls nein:

Bitte mit kurzer Erläuterung.

B. Pauschalfinanzierung

2. Befürworten Sie, nebst der weiterhin bestehenden Defizitfinanzierung zusätzlich eine Finanzierungsform der Pauschalfinanzierung zu ermöglichen?

Ja Nein

Bemerkungen:

Wir befürworten grundsätzlich die Pauschalfinanzierung. Einerseits schafft sie für die Institutionen, aber auch für den Kanton, wenn auch mit Mehrkosten, Planungssicherheit. Wir unterstützen jedoch, dass die Institutionen, die heute eine Defizitfinanzierung haben, wählen können, ob sie bei der Defizitfinanzierung bleiben oder zur Pauschalfinanzierung wechseln wollen. Wenn der Schritt von der Defizit- zur Pauschalfinanzierung gemacht wird, soll eine Rückkehr zur Defizitfinanzierung aber wie vorgeschlagen nicht mehr möglich sein. Die Entwicklung wird mit der Zeit wohl immer mehr Richtung Pauschalfinanzierung gehen, umso mehr als neuen Institutionen nur diese Finanzierungsart offensteht.

Wir begrüßen auch die Subjektfinanzierung. Dass Studierende, die einen ausserkantonalen Bildungsgang HF absolvieren wollen, allenfalls darauf warten müssen, da ein solches Angebot mind. seit drei Jahren im Kanton fehlen muss, läuft der Förderung der höheren Berufsbildung zuwider. Diese Karenzzeit ist zu streichen, da sie dazu führen kann, dass die Weiterbildung gar nicht mehr absolviert wird, wenn es dann aus beruflichen oder privaten Gründen zeitlich nicht mehr passt.

Falls nein:

Bitte mit kurzer Erläuterung.

C. Strategie

3. Befürworten Sie, dass die Regierung eine Strategie über die Höhere Berufsbildung erarbeiten soll?

Ja Nein

Bemerkungen:

Um eine Stärkung der höheren Berufsbildung durchzuführen ist es sinnvoll, eine Strategie zu erarbeiten. Dabei gilt es die Bundes- und Kantonsstrategien aufeinander abzustimmen und allenfalls auf Kantonsebene zu konkretisieren sowie regionale und sprachliche Gegebenheiten zu berücksichtigen. Eine Strategie muss zudem unter Mitwirkung möglichst aller betroffenen Akteure erarbeitet werden.

Nun stellen wir aber fest, dass die Berufsbildungskommission des Bündner Gewerbeverbandes in Zusammenarbeit mit der Eidg. Hochschule für Berufsbildung eine Strategie, die «Berufsbildung Graubünden 2035», bereits erarbeitet und am 31.10.2024

publiziert hat. Das EKUD hat sich anscheinend gegen eine Mitwirkung bei dieser Strategieerarbeitung ausgesprochen. Das ist unverständlich und eine verpasste Chance. Wir stellen uns darum die Frage, warum der Kanton nun selber eine Strategie für die höhere Berufsbildung erarbeiten will, welchen Mehrwert diese bietet und ob die Berufsbildungskommission des BGV überhaupt an einer Mitwirkung interessiert sein wird. Eine Behördenstrategie ohne Arbeitgeber und Bildungsanbieter macht jedoch keinen Sinn. Ohne die Klärung dieser Fragen können wir die Erarbeitung einer Strategie nicht unterstützen.

Falls nein:

Bitte mit kurzer Erläuterung.

D. Zusammenarbeit

4. Befürworten Sie, dass Massnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit sowie des Wissens- und Technologietransfers (WTT) der einzelnen Institutionen der Höheren Berufsbildung mit Hochschulen und Forschungsstätten sowie mit der Sekundarstufe II neu unterstützt werden können?

Ja Nein

Bemerkungen:

Die Förderung der Zusammenarbeit und des Wissens- und Technologietransfers zwischen der Höheren Berufsbildung, der Hochschulen und der Wirtschaft ist für uns absolut zentral. In Graubünden gibt es in der Vernetzung zwischen den Institutionen noch viel Verbesserungspotential. Es muss aber auch sichergestellt werden, dass Graubünden beim Wissens- und Technologietransfer nicht eine Insel bleibt, vielmehr ist diese Zusammenarbeit auch über die Kantonsgrenze hinaus zu fördern. Mit den Beiträgen sollen auch Kooperationsprojekte mit ausserkantonalen Institutionen gefördert werden. Die Förderung von anwendungsorientierten Forschungs- und Entwicklungsprojekten begrüssen wir. Es fehlt jedoch eine explizite Erwähnung von innovativen Projekten, die für die zukünftigen Herausforderungen relevant sind, wie CleanTech, Projekte für die Kreislaufwirtschaft und den Klimaschutz.

Falls nein:

Bitte mit kurzer Erläuterung.

E. Weitere Bemerkungen

5. Haben Sie weitere Bemerkungen zur Vorlage?
